

## Forderungspapier

### Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland kritisiert unzureichende Verurteilung der Hamas-Menschenrechtsverbrechen

*Frankfurt, 22.11.2023* Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) ist der soziale Dachverband der jüdischen Gemeinden in Deutschland und agiert als sozialpolitische Interessenvertretung vulnerabler Gruppen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Die ZWST ist einer von sechs Spitzenverbänden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Darüber hinaus ist sie als Mitglied des Hilfsbündnisses „Aktion Deutschland Hilft“ auch im Bereich der Internationalen Humanitären Hilfe aktiv.

In dieser Rolle und auf Basis ihrer Tätigkeitsfelder stellt die ZWST fest, dass das Ausmaß der terroristischen Gewalt, die die Hamas und der Islamische Dschihad am 7. Oktober 2023 an der israelischen Zivilbevölkerung sowie an Personen mit nicht-israelischer Staatsbürgerschaft verübt haben, nicht hinreichend von den damit in der Regel befassten Interessenverbänden, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Institutionen der UN thematisiert, skandalisiert und verurteilt wird.

Der 7. Oktober 2023 markiert das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Ende der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie 1945. Zusätzlich zu der berechtigten Beachtung des Leides, das die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen infolge der Kriegshandlungen erfährt, fordert die ZWST eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Praktiken und antisemitisch motivierten Gräueltaten, die im Zuge des akribisch geplanten terroristischen Angriffs verübt wurden.

Dazu gehören insbesondere:

- Das Verschleppen von Minderjährigen, darunter Säuglingen und Kleinkindern, bis hin zu hochbetagten, teilweise pflegebedürftigen sowie von schwer verletzten Personen.
- Zugangs-, Kontakt- und Informationsverweigerung der Hamas gegenüber internationalen Humanitären Hilfsorganisationen.
- Gezielte geschlechterbezogene Gewalt gegen Mädchen und Frauen in Form von schwersten Misshandlungen, Massenvergewaltigungen und der Androhung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Geiselhaft.
- Extreme Foltermethoden in Form von Verstümmelung und Verbrennen bei lebendigem Leibe und gezielt grausamen Exekutionsformen, auch vor und an Kindern, sowie der nachgewiesenen Nutzung digitaler Medien, um diese teilweise in Echtzeit zu dokumentieren.

Die ZWST fordert:

- die Anerkennung des humanitären Hilfebedarfs in Israel. Dies betrifft insbesondere die rund 250.000 Binnengeflüchteten (Internally Displaced Persons), die aus den Grenzregionen zum Gaza-Streifen und Libanon evakuiert werden mussten. Darunter befinden sich Schwersttraumatisierte und Menschen, deren Heimatorte vollständig zerstört wurden.
- mehr Engagement der internationalen Staatengemeinschaft zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung vor der Praxis der Hamas, humanitäre, medizinische und Bildungseinrichtungen für Kriegszwecke zu missbrauchen und die palästinensische Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde zu nutzen.

- die gezielte Bekämpfung der psychologischen und digitalen Kriegsführung, die die Hamas nutzt, um die Angst vor Terror über die Grenzen des Nahen Ostens hinaus zu verbreiten – mit direkten Auswirkungen auf Jüdinnen und Juden weltweit. Die gezielt gestreute Desinformation und Propaganda und die sich infolgedessen ausagierende Welle antisemitischer Gewalt führt zu sicherheitsbedingten Einschränkungen des Alltags und verhindert eine normale Lebensführung.
- die Betreiber von Social Media-Plattformen auf, menschenverachtende, gewaltvolle und diskriminierende Inhalte konsequenter zu moderieren und sanktionieren. Dies erfolgt insbesondere in Bezug auf chiffrierte antisemitische Verschwörungsnarrative sowie israelbezogenen Antisemitismus bislang völlig unzureichend.

**Kontakt:** [oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org)